

Eckard Garms

Seit Anfang dieses Jahres häufen sich die Meldungen aus China, die auf eine weitgehende Neugewichtung des laufenden 10-Jahres-Plans hinweisen. In seiner Rede vor dem V. Nationalen Volkskongreß hatte Hua Guofeng diesen für den Zeitraum 1976-1985 gültigen Plan vorgetragen. Grundelemente dieses Planentwurfs beruhen auf wirtschaftspolitischen Zielen, die Zhou Enlai schon auf dem III. und IV. Nationalen Volkskongreß abgesteckt hatte (1). Laut Hua-Bericht wurden dann im Sommer 1975 Grundzüge des 10-Jahres-Plans ausgearbeitet und vom Politbüro gebilligt.

Diese Anfang 1978 verkündeten wirtschaftlichen Ziele sind im wesentlichen noch von einer idealistischen Vorstellung über Chinas Möglichkeiten geprägt. Eine im November letzten Jahres veröffentlichte amerikanische Analyse weist schon auf entscheidende Schwächen dieses "alten" 10-Jahres-Plans hin, die - wie im folgenden aufgezeigt werden soll - inzwischen auch von chinesischer Seite benannt werden.

Die alte Plankonzeption ist als Entwurf nicht "die Basis für durchsetzbare und realistische kurzfristige Pläne zur Allokation von Ressourcen bei der Suche nach einer pragmatischen Lösung für Chinas gegenwärtige Wirtschaftsprobleme." Die Aufgabe einer gemäßigt pragmatischen Führung ist deshalb, "operationable Programme und Pläne zur langfristigen Bewältigung der Modernisierung Chinas zu formulieren, die auf der Wirklichkeit ökonomischer Zwänge der chinesischen Wirtschaft beruhen und nicht von Maos Schlagwort, daß die Modernisierung der Wirtschaft bis zur Jahrhundertwende erreicht sein muß, abgeleitet sind." (2)

In einem Interview mit der Nachrichtenagentur Xinhua vom 6.4.79 begründet der stellvertretende Ministerpräsident Gu Mu die jetzt vorgenommene Planrevision damit, daß die Wirtschaft durch die Störungen seitens Lin Biaos und der Viererbande aus den Fugen geraten sei und auch bislang noch nicht wieder das Gleichgewicht gefunden habe. Es sei ein ganz normaler Vorgang, die Wirtschaftspläne von Zeit zu Zeit zu überprüfen und den veränderten Umständen anzupassen.

Offensichtlich ist den chinesischen Planern erst jetzt das Ausmaß der Krise der chinesischen Volkswirtschaft deutlich geworden. Anfangs hatte man schon 1978 geglaubt, nach Rückkehr zur politischen Stabilität mit beschleunigtem Tempo die vier Modernisierungen mit einem ehrgeizigen Aufbauprogramm zügig angehen zu können. Von den vor gut einem Jahr verkündeten Zielen wie

- Mechanisierung von 85% der Hauptarbeitsgänge in der Landwirtschaft
- Produktion von 400 Mio.t Getreide und 60 Mio.t Stahl 1985
- Neu- bzw. Ausbau von 120 industriellen Großprojekten

ist inzwischen keine Rede mehr. Anfänglich hatte man versucht, die Probleme stückweise zu beheben. Nachdem sich aber jetzt herausgestellt hat, daß die durch die Kulturrevolution und ihre Nachwirkungen hervorgerufenen Störungen so schwerwiegend waren, daß man nicht vor Ende 1981 zu einem Gleichgewicht kommen könne, werden die beiden letzten Jahre (1977/78) als Phase der Wiederherstellung der Volkswirtschaft gesehen. Auf dieser Grundlage beschloß die 3. Plenartagung des XI. ZK im Dezember 1978 den jetzt bekanntgewordenen Sanierungsplan. Im Mittelpunkt steht dabei die Neubestimmung der wirtschaftlichen Prioritäten. Die Entwicklung der Schwerindustrie, ursprünglich dazu auserkoren, treibender Faktor der Modernisierung zu werden, wird auf ein realistisches Maß zurückgenommen. Das Hauptgewicht der Entwicklung soll jetzt auf der Landwirtschaft und der Leichtindustrie liegen: "Entsprechend der Reihenfolge - Landwirtschaft, Leichtindustrie und Schwerindustrie - werden die Investitionen in die Landwirtschaft angehoben und die Landwirtschaft beschleunigt entwickelt werden. Auch die Investitionen in die Leichtindustrie werden zunehmen. Innerhalb der Schwerindustrie werden einige Zweige höhere Investitionsanteile erhalten, während diejenigen zurückstehen müssen, deren Investitionskosten hoch sind und sich nur langsam amortisieren" (so Gu Mu). Wenn man einmal die schwer quantifizierbaren Störungen des Aufbauprogramms durch die politischen Richtungskämpfe als gegeben voraussetzt, lassen sich aus den jetzt bekanntgegebenen Sanierungsmaßnahmen zwei hauptsächliche Mängel benennen, die die aktuellen Disproportionen hervorgerufen haben:

1. Die bisherige Allokation der Produktionsfaktoren entspricht nicht den Erfordernissen der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas. Als Ergebnis treten die für das Wirtschaftswachstum schwerwiegenden strukturellen Probleme auf, deren kumulativer Effekt jetzt die politischen Instanzen dazu gebracht hat, erste einschneidende Umschichtungen der volkswirtschaftlichen Ressourcen vorzunehmen.
2. Der langjährige Verzicht des chinesischen Wirtschaftssystems auf ein effektives Anreizsystem - Durchschnittslöhne in der verarbeitenden Industrie erfuhren in den zwanzig Jahren von 1957-1977 keine nennenswerte Erhöhung - ließ die Arbeitsproduktivität langfristig sinken.

Jetzt wird der ursächliche Zusammenhang zwischen staatlichem Wiederaufbau und menschlicher Motivation dazu wieder in der schon als (bloße) Propagandalosung bekannten Formel der richtigen Verbindung von Produktion und Konsum erfaßt.

Diese beiden Ursachenkomplexe bedeuten, daß es sich bei den behandelten Ungleichgewichten und Entwicklungshemmnissen in der chinesischen Wirtschaft im

wesentlichen um strukturelle langfristige Probleme handelt.

In einem Artikel der Hongkonger Zeitschrift Zheng Ming vom 1.5.1979 werden drei Hauptmängel der ursprünglichen Planziele benannt: Die Ziele waren zu hoch gesteckt, das Investitionspotential war erschöpft und die Lücken im Plan waren zu groß. Von den 120 Großprojekten heißt es inzwischen, daß ein Teil schon angefangen sei und bis 1985 fertiggestellt werde; daß andere Projekte zwar vor 1985 begonnen würden, aber erst danach abgeschlossen sein würden. Auch die ursprünglichen Stahl- und Getreidezahlen sind nach unten korrigiert worden, und zwar bei Stahl auf 40-50 Mio.t. Für 1979 sieht der Plan 33 Mio.t vor - nach 31 Mio.t 1978. Aber auch dieses Ergebnis sei nur auf Kosten anderer Zweige erreicht worden; z.B. habe man, um das mit deutscher Hilfe gebaute Wuhaner Stahlwerk mit (allerdings immer noch ungenügender) Elektrizität und mit Rohstoffen versorgen zu können, anderen Fabriken den Strom zeitweise abdrehen müssen. Ein ähnlicher Planungsfehler wird für das Stahlwerk Baoshan benannt. Das Werk verarbeitet importiertes Eisenerz. Da es aber keinen Tiefseehafen habe, müsse das Erz aus dem mehr als 100 km entfernten, südlich von Schanghai gelegenen Hafen Zhapu herangeschafft werden. Aus diesem Grunde werde der weitere Ausbau des Werks im Augenblick überprüft. Diese Entscheidung wäre für Japan ein erheblicher Schaden, da japanische Exportfirmen unter Leitung der Nippon Steel Corp. im letzten Jahr einen Auftrag zum Ausbau der Baoshan-Stahlwerke im Werte von mehr als 1,9 Mrd.US\$ erhalten hatten.

Ein radikaler Sanierungsplan sieht vor, alle existierenden und neugeplanten Fabriken stillzulegen, mit anderen zu rentablen Größen zusammenzulegen bzw. gar nicht erst zu errichten, wenn die Fabrik

- die geologischen Verhältnisse und Vorkommen nicht abgesichert hat,
- "unbequem" zugänglich ist,
- ihre Rohstoffhalbfabrikate und Energieversorgung nicht gewährleistet ist,
- sie die Umwelt über Gebühr belastet und
- bei zu hohen Kosten produziert.

"Dieser Schritt zielt darauf ab, mit unseren konzentrierten Kräften die schwachen Industriezweige - den Kohlebergbau, die Elektrizitätswirtschaft, die Erdölindustrie, das Transportwesen und die Baumaterialindustrie - vorrangig zu entwickeln und die Landwirtschaft, die Leichtindustrie und andere schnell profitable Projekte zu fördern." (3)

Insgesamt ist von Betriebsschließungen in einer Größenordnung von mehreren Tausenden die Rede, die eine Zahl von mehr als zwanzig Millionen Arbeitern freisetzen würde - mehr als nach den verheerenden Auswirkungen des Großen Sprungs Ende der fünfziger Jahre. Diese Arbeiter sollen - bei Fortzahlung ihrer Löhne - für fortgeschrittenere Arbeiten umgeschult werden. Gleichzeitig wissen chinesische Medien von der Gefahr zu berichten, daß es durch diese Maßnahmen zu einer steigenden Arbeitslosigkeit kommen könnte. Vor allem für die ländlichen Bereiche ist die Unterbeschäftigung ein Problem, da vor allem vielen ländlichen, unrentabel produzierenden Klein- und Mittelbetrieben die Schließung droht.

Obwohl in der offiziellen Politik nach Ende der am sowjetischen Plansystem orientierten Phase des ersten Fünf-Jahres-Plans die wirtschaftlichen

Schwerpunkte immer in der Reihenfolge: Landwirtschaft, Leicht- und Schwerindustrie benannt worden sind, habe in Wirklichkeit das Schwergewicht weiterhin auf der vorrangigen Entwicklung der Schwerindustrie gelegen. Landwirtschaft und Leichtindustrie seien zu rückständig geblieben.

Entgegen landläufigen Annahmen sei auch die Landwirtschaft in der Kulturrevolution schwer in Mitleidenschaft gezogen worden. Zweihundert Millionen Bauern litten an ständigem Hunger. Über lange Jahre sind in der Landwirtschaft nur 10% der nationalen Investitionen getätigt worden. In die Leichtindustrie sind in den letzten dreißig Jahren im Durchschnitt lediglich 2,04% der Gesamtinvestitionen geflossen, und zwar mit abnehmender Tendenz. In den Jahren 1977 und 1978 seien die Investitionen schon wieder auf jeweils 2% angestiegen. Diese Gewichtsverlagerung zu Lasten der Schwerindustrie soll weiter ausgebaut werden. Hierbei gilt es zu beachten, daß diese Prozentangaben nur die durch den Zentralplan erfaßten Investitionen umfassen. Unter Berücksichtigung darüber hinausgehender Investitionsquellen würden sich höhere Prozentsätze ergeben.

Für die landwirtschaftliche Entwicklung streben die chinesischen Planer vor allem ein ausgewogeneres Wachstum an, das sich an den lokalen Bedingungen orientiert. Das scheint eigentlich eine Selbstverständlichkeit zu sein, aber vor allem die maoistische Überbetonung der Getreideproduktion hatte andere landwirtschaftliche Zweige verkümmern lassen. Ein neuer 60-Punkte-Plan gibt neue Richtlinien aus: "Die Politik, Getreide als Hauptkettenglied zu nehmen, richtig anwenden, eine umfassende Entwicklung gewährleisten, sich an örtliche Bedingungen anpassen und sich in angemessener Weise auf bestimmte Agrarprodukte in bestimmten Gebieten konzentrieren." (4)

Jetzt wird darauf Wert gelegt, daß die einzelnen Landesteile ihre Agrarwirtschaft entsprechend den lokalen Ressourcen entwickeln, also neben dem Getreideanbau auch wieder Forstwirtschaft, Fisch- und Viehzucht, landwirtschaftliche Nebenbetriebe und den Anbau industriell verwertbarer Rohstoffe betreiben. Hierbei wird auch daran gedacht, nach amerikanischem Vorbild "crop zones" zu errichten, in denen dann bestimmte Früchte in riesigen Monokulturen gefördert werden können. Zur weitergehenden Mechanisierung der Landwirtschaft legt die 60-Punkte-Regelung größeres Gewicht auf die Konzentration auf rentabel arbeitende Landmaschinenhersteller, die standardisierte Maschinen in großer Serie produzieren können. Als Ergänzung zu den von Kommunen und Brigaden gekauften Maschinen sollen staatliche Traktorstationen geschaffen werden, die ihre Maschinen gegen Entgelt verleihen. (5) Denn bei dem Verkauf der Landmaschinen stellt sich weiterhin die mangelnde Kaufkraft einer arm gebliebenen Bauernschaft der geplanten Mechanisierung in den Weg:

"Das Problem ist, daß die Bauern nicht genug Geld haben, die benötigten Maschinen zu kaufen und die Treibstoffe, Elektrizität und Reparaturkosten zu bezahlen. Es ist daher unpraktisch, über die Mechanisierung der Landwirtschaft in den Kommunen und Brigaden zu sprechen, ohne zuerst deren ökonomische Probleme zu lösen." (6)

Die Lösung soll folgerichtig darin bestehen, durch Förderung gewinnträchtiger agrarischer Produktion und Verkleinerung der Preisschere zwischen indu-

strieller und landwirtschaftlicher Produktion die Kaufkraft der Bauern anzuheben. Das gibt der Industrie einen wachsenden inneren Markt und versorgt sie mit mehr Rohstoffen. Die institutionellen Voraussetzungen im Rahmen der kollektivierten Landwirtschaft werden dadurch geschaffen, daß man den privaten Landparzellen und den privaten Dorfmärkten wieder ihre Existenzberechtigung zugesteht und die Eigentumsrechte der Produktionsgruppe gegen Übergriffe (d.h. entschädigungslose Benutzung von Gruppeneigentum und Arbeitskräften) durch Brigaden und Kommune betont. Die langjährige Musterkommune Dazhai, die alle diese Rechte weiter einschränken wollte, hat damit ausgedient.

Die starke Gewichtung der Leichtindustrie sieht eine bessere und qualitätsgerechtere Versorgung der Bevölkerung und ein größeres Exportvolumen vor. Man ist gezwungen, einer wachsenden Kaufkraft ein entsprechendes Angebot gegenüberzustellen.

Im schwerindustriellen Bereich ist geplant, endlich den Engpässen die ihnen gebührende Bedeutung zuzugestehen. Vorrangig sind also Investitionen bei der Energie- und Rohstoffversorgung und in dem Bereich Infrastruktur, vor allem dem Transportwesen, geplant. Diese aktuelle neue Disposition der großen Entwicklungslinien der chinesischen Volkswirtschaft weist viele Gemeinsamkeiten mit der Rekonstruktionsperiode der Jahre 1961-65 auf. Damals galt es, die Schäden und Fehlentwicklungen des Großen Sprungs zu beheben und die Wirtschaft zu einem gleichgewichtigen Wachstum zurückzuführen. Die Leitlinien des im Dezember 1961 erschienenen 70-Punkte-Programms zur Industrie - Wiederanpassung, Festigung, Ergänzung, Anhebung - werden wieder diskutiert (7), und die gegenwärtige Kampagne verwendet mit dem Terminus "Wiederanpassung" den gleichen Begriff wie die Wiederanpassungsperiode nach dem Großen Sprung. Bei den Stilllegungsbeschlüssen wird die Autorität Zhou Enlais und des damaligen Planungschefs Li Fuzhun zitiert, die sich damals ebenfalls für Schließung ambitionierter und unrentabler Betriebe eingesetzt hatten.

Neben der Proportionalität der verschiedenen Wirtschaftszweige wird für die Wiederanpassungsperiode auch ein neues Gleichgewicht zwischen Akkumulation und Verbrauch postuliert:

"Die Bevölkerung muß mit unmittelbarem materiellem Nutzen versorgt werden. Nur auf diesem Wege wird es ihnen möglich sein, sich um die Modernisierung des Landes zu kümmern oder werden sie bereit sein, für eine Produktivitätssteigerung härter zu arbeiten. Trotzdem darf die Zuwachsrate des Verbrauchs niemals die Zuwachsrate der Produktion und Produktivität übersteigen. Genausowenig dürfen die Verbrauchs- und Akkumulationssteigerungen nicht im gleichen Tempo erfolgen." (8)

In diesem Zusammenhang wurden auch neue Einzelheiten über den städtischen Lebensstandard bekannt. Seit dem letzten Jahr ist in einzelnen Bereichen ein inflationärer Prozeß zu verzeichnen. Aufgrund höherer staatlicher Ankaufspreise für landwirtschaftliche Produkte habe es Preissteigerungen von 20-40% gegeben. Laut Regierungsschätzungen seien deshalb die tatsächlichen Arbeiterlöhne heute niedriger als 1965, berichtet Zheng Ming.

Parallel zur Neubestimmung der Planziele läuft in der Volksrepublik China eine Auseinandersetzung über eine innere Reform des Wirtschafts- und Pla-

nungssystems unter Einbeziehung von marktwirtschaftlichen Kategorien. Diese - noch keineswegs abgeschlossene - Diskussion kreist dabei auf theoretischer Ebene um die Frage des Wirkungsbereichs und der Rolle des Wertgesetzes, d.h. um eine Aufnahme marktwirtschaftlicher Elemente in das planwirtschaftliche System. Schon jetzt zeichnet sich ab, daß im zukünftigen Wirtschaftsleben der VR viele Koordinationsprobleme des Staatsplans, z.B. die Beziehungen zwischen Landwirtschaft und Industrie, zwischen Produktion und Konsum und zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen zumindest unter Zuhilfenahme von Marktgesetzmäßigkeiten festgelegt werden. Darüber hinaus sollen die innerbetrieblichen Probleme eines kosten-, qualitäts- und nachfragegerechten Angebots durch die Mittel der neubelebten Instrumente "wirtschaftlicher Rechnungsführung", Einnahmen-/Ausgabenkalkulation und Gewinnorientierung gelöst werden.

Es bleibt abzuwarten, ob die jetzt angelaufene Diskussion über diese ökonomischen Gesetzmäßigkeiten zu solchen Ergebnissen führt, die in Zukunft eine frühere Gegensteuerung bei Fehlentwicklungen möglich macht und nicht - wie bei der jetzigen Plankorrektur - auf ein ex post-Reagieren angewiesen ist.

Schon bei der jetzigen Planrevision hat sich diese Gewichtsverschiebung deutlich bemerkbar gemacht. Ein immer wieder auftauchendes Erfordernis der Produktion ist ihre Rentabilität. Vor wenigen Jahren noch als schlimmstes Kapitalistengehabe verdammt, wird jetzt wieder Wert auf Gewinn, und zwar schnell zu erwirtschaftenden Gewinn, gelegt. Das läßt sich am besten in Landwirtschaft und Leichtindustrie erreichen, die dann vermittels von wachsenden Exporten (mehr als die Hälfte der chinesischen Ausfuhren besteht aus landwirtschaftlichen Produkten) die dringend benötigten Zahlungsmittel für den Import teurer Anlagen erbringen. Über diesen Umweg gelangt man dann jedenfalls in Besitz modernerer Produktionsstätten, als man zur Zeit selbst durch Förderung der chinesischen Schwerindustrie hätte erstellen können. Diese Neubestimmung der chinesischen Entwicklungslinien für die nächsten Jahre kann dann für ausländische Exporteure zumindest auf mittlere Sicht größere Märkte in der Volksrepublik China bedeuten, wenn sie sich auch jetzt vielleicht mit einer geringeren als erhofften Aufnahmebereitschaft abfinden müssen.

Es hat den Anschein, als ob die chinesische Volksrepublik mit dieser Plankorrektur zu ihrem eigenen Entwicklungsmodell zurückgefunden hat, das zumindest in der Propaganda seit der Abkehr von der sowjetischen Industrialisierungsdoktrin immer den Wirtschaftsaufbau bestimmt hat: ausgeglichenes Wachstum mit dem Schwergewicht auf der Landwirtschaft.

Anmerkungen:

- 1) Vergl. C.a. 3/76, Ü 13, S.68.
- 2) Robert F. Bernberger und David Fasenfest: China's Post-Mao Economic Future, in Chinese Economy Post Mao, a Compendium of Papers Submitted to the Joint Economic Committee Congress of the United States, Washington, November 9th, 1978, S.6 f.
- 3) Gu Mu, nach Radio Peking vom 4.4.79.
- 4) Peking Homeservice, 16.4.79, zit. nach SWB, 20.4.79.